

Globale Verantwortung

Arbeitsgemeinschaft für Entwicklung und Humanitäre Hilfe

solidarisch · kritisch
überparteilich · unabhängig
nachhaltig · visionär
lokal · global



KRITISCH NACHGEFRAGT

Die Entwicklungszusammenarbeit



globaleverantwortung.at

Mit dieser Broschüre, die Kritik und oft gehörte Vorwürfe zur EZA in Form eines Fragen & Antworten Kataloges darstellt, möchten wir zu Transparenz und einem besseren Verständnis für und von Entwicklungszusammenarbeit beitragen. Wir wollen damit die Mechanismen ihrer Wirkung erläutern und transparenter machen. Diese Broschüre stellt den Versuch dar, auf häufig vorkommende, oft sehr pauschalierende Fragen und Haltungen sachlich und erklärend zu antworten.

International und national gibt es seit Jahren intensive, heftige und teilweise auch polemisch geführte Debatten um den Nutzen von Entwicklungszusammenarbeit (EZA). Wieso ausgerechnet die EZA Anlass für eine derart kontrovers geführte Diskussion bietet, ist allein schon ein Thema für sich.

Sicher ist: Seit Jahrzehnten fließen dutzende Milliarden öffentlicher EZA-Ausgaben von den sogenannten Industriestaaten in Entwicklungsländer. Allein 2011 waren es rund 134 Milliarden US-Dollar. Dennoch haben sich die Lebensumstände der Bevölkerung vielerorts nur wenig verbessert. Die Frage, warum ausländische Hilfe nicht immer und überall die erwünschte Wirkung erzielt hat, ist daher durchaus verständlich und legitim. Finanzielle Hilfe schade mehr als sie nütze, erzeuge Abhängigkeiten oder lähme die Eigeninitiative – dies sind oft gehörte Einwände gegen EZA. Dazu mischen sich unsere westlichen Vorstellungen

von Entwicklungsländern. Seit Jahrzehnten wird diese kollektive und öffentliche Meinung durch die mediale Berichterstattung beeinflusst und geprägt. Bilder von Dürre, Hunger, Armut, Krankheiten und Krieg sowie Berichte über Korruption und schlechte Regierungsführung tragen das ihre dazu bei. Wenig thematisiert wird andererseits, dass die geltenden weltwirtschaftlichen Regeln die Entwicklungsländer massiv benachteiligen.

Apropos: Der Einfachheit und Verständlichkeit halber haben wir auf bekannte Begriffe wie „Entwicklungsländer“ und „Industriestaaten“ zurückgegriffen, die auch branchenfremden LeserInnen verständlich sind. Es gibt hier aber eine breitere Auswahl an möglichen Begriffen, u.a. Partnerländer oder Länder des globalen Südens statt Entwicklungsländer bzw. Länder des Nordens statt Industriestaaten. Alle diese Begriffe sind Bestandteil von entwicklungspolitischen Debatten und werden kontroversiell diskutiert.

Wir hoffen, mit dieser Broschüre einen sinnvollen – wenn auch nicht annähernd vollständigen – Beitrag zur besseren Argumentation für die EZA zu leisten und so manche alt-hergebrachten und immer wiederkehrenden Vorbehalte zu entkräften. Wir wünschen eine interessante und aufschlussreiche Lektüre!

AG Globale Verantwortung

EZA ist ein weit gefächerter Begriff. Die einzelnen Kategorien werden – zumindest von Laien – oft gar nicht gesehen. In der Beurteilung ist es aber wichtig die verschiedenen Dimensionen zu unterscheiden. Es gibt die

... **Humanitäre Hilfe** – also Hilfseinsätze in akuten (von Mensch oder Natur verursachten) Katastrophenfällen oder in Konfliktsituationen, aber auch bei extremen, länger andauernden Krisen.

... **EZA-Maßnahmen**, die über Nichtregierungsorganisationen (NGOs) in Entwicklungsländern abgewickelt werden, sowie die entwicklungspolitische Informations-, Anwaltschafts-, Kampagnen-, Kultur- und Bildungsarbeit in Österreich. Eine selbstbestimmte, autonome Zivilgesellschaft ist hier eines der zentralen Anliegen. Denn eine starke Zivilgesellschaft ist Voraussetzung zur Entwicklung nachhaltiger Demokratien – und ist wiederum die Basis für Entwicklung.

... **Bilaterale staatliche EZA**: Industrieländer unterstützen in der bilateralen EZA ihre Partnerländer durch finanzielle, technische und personelle Zusammenarbeit. Diese Hilfe wird durch bilaterale Abkommen zwischen dem Industrie- und dem Entwicklungsland geregelt. Eine wichtige Form der bilateralen EZA ist die Budgethilfe, also die finanzielle Unterstützung des Staatshaushaltes des Entwicklungslandes mit dem Ziel der Armutsverringern.

... **und die Multilaterale EZA**: Industrieländer leisten Zahlungen an überstaatliche Zusammenschlüsse und Organisationen, die wiederum die Gelder verwalten und im Rahmen unterschiedlichster Programme an Entwicklungsländer auszahlen. Multilaterale AkteurInnen sind z.B. die

EU, die Weltbank-Gruppe, die Vereinten Nationen und deren Sonderorganisationen (wie das Entwicklungsprogramm der UN, das UN-Umweltprogramm, die Weltgesundheitsorganisation u.a.).

Weil im Folgenden oft davon die Rede sein wird: Die staatlichen Ausgaben für EZA werden als „official development assistance“ (kurz: ODA) bezeichnet. Die Entwicklungsleistungen der Industriestaaten, also auch Österreichs, werden an der sogenannten **ODA-Quote** – also dem Anteil der öffentlichen Ausgaben für EZA am Bruttonationaleinkommen – gemessen.

Die EZA ist dem Ziel der globalen Armutsbekämpfung verpflichtet. Als extrem arm gilt derzeit, wer weniger als den Gegenwert von 1,25 US-Dollar pro Tag zum (Über-)Leben zur Verfügung hat. Den internationalen Referenzrahmen für die Armutsbekämpfung stellen die Millenniums-Entwicklungsziele (MDGs) dar, auf die sich die internationale Gemeinschaft mit dem Zieljahr 2015 geeinigt hat: Bekämpfung von extremer Armut und Hunger, Primärschulbildung für alle, Gleichstellung der Geschlechter und Stärkung der Rolle der Frauen, Senkung der Kindersterblichkeit, Verbesserung der Gesundheitsversorgung der Mütter, Bekämpfung von HIV/AIDS, Malaria und anderen schweren Krankheiten, ökologische Nachhaltigkeit sowie Aufbau einer globalen Partnerschaft für Entwicklung.

Das Jahr 2015 naht mit Riesenschritten: Parallel zur Debatte über die sogenannte Post-2015-Entwicklungsagenda – also die Debatte um die Prioritäten, Konzepte und Strategien von Entwicklungspolitik nach dem Jahr 2015 – läuft aktuell diejenige über die Ziele der nachhaltigen Entwicklung (Sustainable Development Goals, kurz SDGs). Diese Ziele sollen alle Dimensionen nachhaltiger Entwicklung (ökonomische, ökologische und soziale) berücksichtigen und in die Entwicklungsagenda integriert werden.

Österreich und die internationale Entwicklungszusammenarbeit (EZA)

„Was hat Österreich von seinen Ausgaben für die EZA?“

Als Teil der Außenpolitik trägt die Entwicklungspolitik zur Stabilisierung der weltweiten Sicherheit und der globalen Wirtschaft bei. EZA als Teil davon ist eine Investition in die Menschen der ärmsten Länder der Welt mit dem Ziel, deren Lebensbedingungen zu verbessern. Die Auswirkungen machen sich meist erst langfristig bemerkbar. Die Ausgaben für die EZA – zu denen sich Österreich international verpflichtet hat – sollten als solidarischer Beitrag der privilegierten Länder gesehen werden. Es geht darum, Menschen zu unterstützen, denen grundlegende Rechte vorenthalten werden. Die Frage des Eigennutzens sollte in diesem Zusammenhang nachrangig sein.

„Warum soll ein so kleines Land wie Österreich noch mehr in EZA investieren?“

Österreich gehört – bezogen auf die Fläche und die Bevölkerungszahl – eher zu den kleineren Ländern, hinsichtlich seiner volkswirtschaftlichen Leistung zählt es europa- wie auch weltweit aber zu den reichsten Staaten. Der Beitrag, den ein Land für die EZA aufwendet, orientiert sich am Bruttonationaleinkommen und nicht an der geographischen Größe.

Österreich trägt im Rahmen zahlreicher UN-Beschlüsse die internationalen Ziele – 0,7 des Bruttonationaleinkommens für EZA zur Verfügung zu stellen – freiwillig und voll inhaltlich mit, hält sie aber seit Jahrzehnten nicht ein: Österreichs staatliche Ausgaben für EZA lagen 2011 bei einem Tiefstwert von 0,27 Prozent. Damit rangiert Österreich unter den europäischen Schlusslichtern: 2011 haben nur Griechenland und Italien weniger für internationale Armutsbekämpfung ausgegeben. Dazu kommt, dass die ohnehin niedrige Quote Zahlungen enthält, die nach Ansicht der zivilgesellschaftlichen Organisationen nicht als Ausgaben für EZA gerechnet werden dürften (siehe Frage „Warum kann man die Entschuldung

von Entwicklungsländern nicht als entwicklungsförderlich ansehen?“, S. 9). Die staatlichen Ausgaben unseres Landes für die EZA spiegeln nicht die wirtschaftlichen Kapazitäten und den Wohlstand Österreichs wider. Länder wie Schweden, Luxemburg, die Niederlande und Dänemark geben sogar mehr als die international vereinbarten 0,7 Prozent des Bruttonationaleinkommens für EZA-Ausgaben aus.

„Trotzdem: Uns hat doch in der Vergangenheit auch niemand geholfen!“

Das stimmt so nicht: Nach dem 2. Weltkrieg hat der Marshallplan der USA zum Wiederaufbau auch der österreichischen Wirtschaft wesentlich beigetragen. Im Zeitraum 1948–1952 (also in nur vier Jahren) leisteten die USA den bedürftigen Staaten der Organisation for European Economic Cooperation (OEEC) Hilfe im Wert von damals insgesamt 13,1 Milliarden US-Dollar – Österreich hat davon 711 Millionen erhalten – was heute einem Vielfachen dieses Betrages entspricht. Für das Programm gab es nicht nur humanitäre, sondern handfeste politische und wirtschaftliche Gründe: Eindämmung des Kommunismus und Schaffung eines Absatzmarktes für die amerikanische Überproduktion.

„Wieso kann man dann nicht einfach eine Art Marshallplan – z.B. für Afrika oder Asien – umsetzen?“

Für Europa war der Marshallplan optimal. Die Staaten Europas konnten auf eine Jahrhunderte lange Erfahrung in Staatsführung, Wirtschaft und Handel zurückblicken, die Zivilbevölkerung verfügte über ein gutes Bildungsniveau, kurz gesagt: Es ging dabei – nach einem viele Ressourcen zerstörenden Krieg – um einen Wieder- und nicht um einen Neuaufbau von Wirtschaft und Industrialisierung. Der Marshallplan – also viel Geld in einem vorgegebenen, kurzen Zeitraum zur Verfügung zu stellen – war in dieser Situation ein wirksames Konzept.

Auf Afrika oder andere Kontinente lässt sich dieses Konzept aber nicht so einfach übertragen. In vielen Ländern ist die Infrastruktur zu wenig ausgebildet, zusätzlich ist die Interessenlage der Industriestaaten eine andere als zu jener Zeit. Die Alliierten brauchten damals star-

ke europäische Staaten, vor allem um die eigene Wirtschaft zu stabilisieren, aber auch aus politischen Gründen. Die Bereitschaft der heutigen Industrieländer, die Position der Entwicklungsländer substanziell verbessern zu wollen, darf angezweifelt werden. Denn viele „arme Länder“ sind für die reichen Industriestaaten bzw. die großen Staaten, die sich im Industrialisierungsprozess befinden (China, Indien) von Nutzen – sie sind Rohstofflieferanten und stellen billige Arbeitskräfte zur Verfügung.

„Die ÖsterreicherInnen spenden ohnehin sehr viel. Warum sind von staatlicher Seite auch noch Mittel bereitzustellen?“

Die österreichische Bevölkerung ist sehr spendenfreudig. Aber es kann und darf nicht sein, dass Privatinitiativen die internationalen und außenpolitischen Verpflichtungen eines Staates – und dazu gehört die EZA – ersetzen. Es ist Aufgabe des Staates, internationalen Vereinbarungen und Verpflichtungen nachzukommen.

Abseits der Bereiche, für die viel und gerne gespendet wird (vor allem für Kinder und in Katastrophenfällen), besteht auch großer Bedarf an Geldern für langfristige Entwicklungsmaßnahmen, die keinen hohen privaten Spendenanreiz besitzen, wie etwa der Aufbau staatlicher Strukturen. Österreich hat sich bereits 1970 – wie viele andere Staaten auch – verpflichtet, 0,7 Prozent des BNE in die EZA zu investieren. Diese verbindliche internationale Zusage gilt es einzuhalten, bis dato ist Österreich davon weit entfernt. Österreich betont zwar Jahr für Jahr, dieser Verpflichtung nachkommen zu wollen, stellt andererseits aber die dafür notwendigen budgetären Mittel nicht zur Verfügung.

„Alle Ressorts müssen sparen - warum also sollte die EZA nicht auch ihren Teil zur Budgetsanierung leisten?“

Diese Frage ist durchaus berechtigt, allerdings ist anzumerken, dass gerade bei den Mitteln für EZA ohnehin unverhältnismäßig oft und massiv gespart wird und wurde. Im

Jahr 2011 stellte Österreich 0,27 Prozent des BNE für EZA zur Verfügung und bleibt damit weiterhin meilenweit von der internationalen Vereinbarung von 0,7 Prozent entfernt. Seit 2011 werden jährlich außerdem bis zu zehn Prozent der konkreten Hilfsprojekte und -programme, die Österreich in Abstimmung mit dem jeweiligen Entwicklungsland gestaltet, gekürzt. Die für 2013 budgetierte Summe beträgt nur noch 68 Millionen Euro. Im Jahr 2010 standen hingegen noch 85 Millionen Euro zur Verfügung. Das sind gravierende Einschnitte in die Armutsbekämpfung.

Dazu kommt, dass die EZA-Ausgaben generell sehr gering ausfallen: Weltweit flossen in den vergangenen 50 Jahren grob geschätzte 2 Billionen US-Dollar in die Armutsbekämpfung. Das klingt nach viel. Zum Vergleich: Im Rüstungsbereich werden in nur einem Jahr rund 1,7 Billionen US-Dollar ausgegeben.

„Warum kann man die Entschuldung von Entwicklungsländern nicht als entwicklungsförderlich ansehen?“

Aktuell werden Entschuldungen der öffentlichen EZA angerechnet. Entschuldungsmaßnahmen – also der Verzicht auf die Rückzahlung zwischenstaatlicher Kredite und ihrer Restzinsen – sind entwicklungspolitisch durchaus hilfreich. Doch nicht für sich allein genommen: Sie sollten zusätzlich zu den Maßnahmen der Armutsbekämpfung erfolgen und nicht als Ersatz für Programme und Projekte in Entwicklungsländern. Zur staatlichen EZA werden nicht nur Entschuldungsmaßnahmen, sondern auch indirekte Studienplatzkosten und Kosten für AsylwerberInnen aus Entwicklungsländern, die sich in Österreich aufhalten, gezählt. Zieht man diese Leistungen – die nach Ansicht der entwicklungspolitischen NGOs nicht zur eigentlichen EZA zählen – ab, dann beläuft sich der österreichische staatliche Beitrag für 2011 nicht auf 0,27, sondern überhaupt nur noch auf 0,21% des BNE.

Fazit: Nicht jede EZA-Ausgabe dient also auch tatsächlich der Entwicklung direkt in einem Entwicklungsland.

Entwicklungszusammenarbeit verstärkt die Probleme der Länder – anstatt sie zu verbessern

„Wer ständig am Tropf hängt, verliert jede Eigeninitiative und sucht keine eigenständigen Lösungen für Probleme.“

Moderne und wirksame Ansätze in der EZA sind auf Selbsthilfe ausgerichtet und setzen voraus, dass die Menschen in den Entwicklungsländern Eigeninitiative, Eigenleistung und Eigenverantwortung aufbringen. Die EZA hat gelernt, dass Hilfe nur dann wirksam ist, wenn die Entwicklungsländer von Anfang an selbst Lösungen für ihre Probleme entwickeln. Im Idealfall gelingt es der Bevölkerung vor Ort mit internationaler Unterstützung ihre Rechte selbst einzufordern und erfolgreich für eine bessere Lebensqualität zu kämpfen. In vielen Ländern sind allerdings weder Infrastruktur noch ausreichend Gemeingüter vorhanden. Es bedarf also – überbrückend – der Unterstützung durch andere Staaten und NGOs.

Im Katastrophenfall wird diese Unterstützung umso dringlicher. Vielen Ländern fehlen wichtige Infrastrukturen, im Akutfall sind sie auf Humanitäre Hilfe angewiesen. So etwa Haiti nach dem Erdbeben im Jahr 2010 oder Pakistan nach der jüngsten Flutkatastrophe im Jahr 2011. Prinzipiell gilt, je organisierter und stabiler ein Staat ist, desto eher ist er in der Lage, selbst Katastrophenbewältigung zu leisten. Chile etwa benötigte nach dem Erdbeben 2010 sehr viel weniger an internationaler Unterstützung, da es auf eine eigene funktionierende Struktur zurückgreifen konnte.

Während die Humanitäre Hilfe im Akutfall eingesetzt wird, tragen Programme und Projekte der EZA langfristig zum Aufbau von relevanten Institutionen und Kapazitäten bei und versetzen die Gesellschaften der Entwicklungsländer in die Lage, ihre Probleme aus eigener Kraft zu lösen.

EZA behindert nur das Wirtschaftswachstum und fördert dadurch die Armut!“

Das ist ein zynischer und zugleich sehr vereinfachender Ansatz. Zum einen gibt es keinerlei Nachweis, dass die Wirtschaft eines Empfängerlandes aufblüht, wenn EZA eingestellt wird. Zum anderen ist Wirtschaftswachstum alleine noch lange kein Garant dafür, dass alle Schichten der Bevölkerung am Wohlstand teilhaben. Vom Wachstum, kritisieren Ökonominen, profitieren eher die oberen Einkommensschichten. Die Herausforderung liegt aber nicht darin, die Reichen reicher zu machen, sondern die Lebenssituation der Ärmsten zu verbessern. Um dieses Ziel zu erreichen, ist es wichtig, reflektierte und vorsichtige Maßnahmen zu setzen. Die ‚lessons learnt‘ aus bisherigen Erfahrungen legen nahe, dass besondere Rahmenbedingungen gegeben sein müssen, soll Wachstum im Sinne der Armutsbekämpfung wirken. U.a. der informelle Sektor in den Entwicklungsländern muss angemessen berücksichtigt werden. Vor allem aber muss der Staat bereit und in der Lage sein, unternehmerische Verantwortung einzufordern. Diese bezieht sich insbesondere auf die Einhaltung von Menschenrechten, ArbeitnehmerInnenrechten, ökologischen Standards, etc. Nur ein starker Staat kann ein inklusives, nachhaltig armutsminderndes Wirtschaftswachstum garantieren.

Gelingt dies nicht, können Interventionen der Wirtschaft sogar dazu beitragen, Armut zu fördern: Infrastrukturprojekte wie etwa die großen Staudammprojekte vermehren Armut oft. Denn für den Bau werden viele Menschen aus ihren Dörfern vertrieben, was für die meisten von ihnen bedeutet, ihrer Lebensgrundlage – vielfach ohne Entschädigung dafür – beraubt zu werden.

„Trotz EZA verändert sich in manchen Staaten nur sehr wenig bis gar nichts. Wieso geht es vielen Entwicklungsländern immer noch so schlecht?“

Entwicklung ist ein Prozess sozialer, politischer und kultureller Auseinandersetzungen – dessen Ausgang von den lokalen AkteurInnen bestimmt wird. Entwicklung kann nicht von „außen“ erfolgen, aber sehr wohl von außen beeinflusst werden, u.a. durch geeignete weltwirtschaftliche Rahmenbedingungen und Klimaschutzmaßnahmen.

Es sind viele Faktoren, die das Gelingen von EZA-Maßnahmen beeinflussen bzw. den Wirkungsbereich von EZA begrenzen. Manche sind bei den Entwicklungsländern anzufinden, wie etwa instabile Regierungen, bewaffnete Konflikte, institutionelle Schwächen, ungelöste soziale Fragen. Ein besonderes Hindernis für die Entwicklung von Gesellschaften und Ländern stellt das ungleiche Machtverhältnis zwischen Männern und Frauen dar. Einerseits sind Frauen überproportional von Armut und deren Folgen betroffen: Mehr als drei Fünftel der in Armut lebenden Menschen weltweit sind Frauen bzw. Mädchen. Das MDG-Ziel 5 „Müttersterblichkeit verringern“ ist jenes, bei dem bisher die wenigsten Fortschritte erzielt worden sind. Frauen gelten aber als ‚Schlüssel zur Entwicklung‘: Es hat sich etwa gezeigt, dass Frauen Geldmittel eher für die Familie und im speziellen die Kinder einsetzen als Männer.

In vielen Ländern bleibt Frauen der Zugang zu überlebenswichtigen Ressourcen wie Land aber verwehrt – dazu kommen viele weitere Formen der Diskriminierung sowie körperliche und sexuelle Gewalt. Solange patriarchale Strukturen nicht nachhaltig durch egalitäre Gemeinschaften ersetzt werden, wird Armut nicht nachhaltig zurückgedrängt werden können.

Gründe für den Stillstand in manchen Regionen finden sich auch auf Seite der Industriestaaten, denn deren Entwicklungspolitik verfolgt oft geopolitische und ökonomische Interessen. Eine direkte Auswirkung dieser Politik ist, dass nicht immer jene Länder Unterstützung bekommen, die diese am dringendsten brauchen würden.

Industrieländer knüpfen ihre EZA-Ausgaben mitunter an Bedingungen: So müssen die Entwicklungsländer für das erhaltene Geld wiederum Produkte und Dienstleistungen aus dem Industriestaat kaufen. Diese und viele weitere Mechanismen führen dazu, dass im Endeffekt mehr Geld aus dem Süden ab- als zufließt.

Dazu kommt, dass durch mangelnde Kohärenz bzw. Abstimmung in der Außenpolitik die Industriestaaten die Entwicklungsländer gleichzeitig fördern und behindern: So schwächt

z.B. die subventionsorientierte Exportpolitik der EU die regionalen Märkte in den Entwicklungsländern beträchtlich. Lebensmittel aus der EU können auf diese Weise zu unschlagbar günstigen Preisen in afrikanischen Ländern angeboten werden. Die Folge: KleinbäuerInnen wird ihre Lebensgrundlage entzogen, sie rutschen in die Armut; die Märkte sind zerstört und das Land wird importabhängig.

Um diesen negativen Kreislauf zu unterbrechen, ist eine international abgestimmte Entwicklungspolitik erforderlich. Damit kann sichergestellt werden, dass andere Politikbereiche – wie beispielsweise Landwirtschaft, Außenpolitik, Außenhandel, Klimapolitik – nicht völlig unterschiedliche Zielsetzungen verfolgen. EZA Maßnahmen können die Auswirkungen falscher Politik nicht reparieren.

„Was hat Entwicklungszusammenarbeit bisher gebracht?“

KritikerInnen beziehen sich oft auf einzelne Entwicklungsprojekte, die gescheitert sind. Dadurch bleiben zahlreiche Fortschritte der globalen Armutsbekämpfung unbeachtet. Dank der Fokussierung auf die Millenniums-Entwicklungsziele der Vereinen Nationen – die den internationalen Referenzrahmen für EZA darstellen – gibt es nachweisbare Erfolge vor allem in den Bereichen Gesundheit, Bildung, ländliche Entwicklung und Förderung von kleinen Unternehmen.

- Weltweit haben zwischen 1990 und 2010 mehr als zwei Milliarden Menschen verbesserten Zugang zu Trinkwasser erhalten.
- Die Zahl der Kinder ohne Bildung sinkt weltweit – wenn auch langsam. Seit dem Jahr 2000 ist die Zahl der Kinder, die keine Schule besuchen, immerhin um 33 Millionen gesunken.
- Durch den konsequenten Einsatz von Impfstoffen gibt es Polio nur noch als vereinzelte Ausbrüche, die Pocken sind weltweit ausgerottet.
- Die Lebenserwartung ist in Entwicklungsländern zwischen 1955 und 2012 von 41 auf 64 Jahre gestiegen – allerdings mit großen regionalen Unterschieden.

- Die Kindersterblichkeit hat sich innerhalb der vergangenen 20 Jahre halbiert.
- Der Anteil der unterernährten Menschen an der Weltbevölkerung ging prozentuell zurück.
- Afrika ist noch immer der am stärksten von Aids betroffene Kontinent. Die Zahl der dadurch verursachten Todesfälle ging in den vergangenen fünf Jahren aber um ein Drittel zurück: Weltweit starben im Jahr 2011 rund 1,7 Millionen Menschen an den Folgen von Aids, das sind 24 Prozent weniger als noch 2005.
- Millionen von armen Familien konnten dank Mikrokrediten ein kleines Unternehmen aufbauen und ihre Existenz sichern.
- Einführung menschenrechtlicher, sozialer und ökologischer Standards: Diese werden zwar nicht immer und überall vollständig umgesetzt, sie spielen aber für die Legitimation sozialer Bewegungen und benachteiligter Gruppen eine wichtige Rolle. Auch hier hat die EZA entscheidend mitgewirkt.

Diese Erfolge sind keine Lorbeeren, auf denen man sich ausruhen kann. Die Zahl der jährlichen HIV-Neuinfektionen ist mit 2,5 Millionen nach wie vor erschreckend hoch und rund 70 Prozent der Kinder, die Medikamente benötigen, erhalten keine. Es gibt nach wie vor zu viele Kinder, die vor allem in Subsahara-Afrika keine Schule besuchen können. Die Tendenzen zeigen aber in vielen Bereichen in eine positive Richtung. Der jährliche Report über die Millenniumentwicklungsziele der UN gibt Aufschluss über die wichtigsten Fortschritte, aber auch Verzögerungen in der Armutsbekämpfung.

„Entwicklungszusammenarbeit kann keine Probleme lösen. Warum sollte man also weiter Geld investieren?“

Generell geht es auch nicht darum, immer mehr Mittel für EZA aufzubringen, sondern in einem ersten Schritt die bereits international zugesagten Gelder bereitzustellen. Zudem gehen die aktuellen Anstrengungen der Länder und Organisationen, die EZA-Ausgaben leisten, in Richtung Qualitätssteigerung. Damit sollen mit den vorhandenen Mitteln Projekte finanziert werden, die nachhaltige Wirkung zeigen. Die EZA erfüllt noch eine weitere wichtige Aufgabe,

die ohne Ausgaben für EZA nicht möglich wäre: Es sind gerade die NGOs in den Industrie- und Entwicklungsländern, die immer wieder auf eben jene Missstände und Rahmenbedingungen aufmerksam machen, die die Entwicklung(szusammenarbeit) so stark behindern. Die Organisationen der entwicklungspolitischen Bildungs- und Informationsarbeit sind es, die sich auf Regierungs- und EU-Ebene dafür einsetzen, dass EZA/Entwicklungspolitik jenen Stellenwert bekommt, den sie für die Betroffenen in den Entwicklungsländern tatsächlich hat.

Die NGOs sind es auch, die andere zivilgesellschaftliche Organisationen – wie soziale Bewegungen, Initiativen von Dorfgemeinschaften – in den Entwicklungsländern unterstützen, um diesen zu ermöglichen, ihre Forderungen nach einer gerechteren Verteilung, der Einhaltung von Menschenrechten, Korruptionsbekämpfung und funktionierenden Staaten vertreten zu können. Durch ihr Engagement kommt diesen NGOs und zivilgesellschaftlichen Organisationen eine zentrale Position zu. Sie treiben Veränderungen und Wandel voran.

„Unterstützen Entwicklungszusammenarbeit und Humanitäre Hilfe nicht auch Regimes wie die Taliban und andere Terroristen?“

Wirksame EZA und Humanitäre Hilfe helfen den Menschen und nicht den Regimes. Politische Probleme können nur politisch gelöst werden und nicht humanitär – aber wirksame EZA und Humanitäre Hilfe können dem Terrorismus den Nährboden nehmen: Sie bieten Alternativen zu den sozialen Aktivitäten und Netzwerken terroristischer Systeme, sichern das Überleben, vermindern Armut und sorgen im Idealfall für Aufklärung und Bildung.

Das Thema betrifft besonders die sogenannten „fragilen“ Staaten wie u.a. Afghanistan, Somalia, Liberia, Zimbabwe, aber auch Sudan, Kambodscha, Angola: Sie sind am meisten auf Hilfe angewiesen, zwei Drittel der Ärmsten dieser Welt leben in fragilen Staaten. Gerade hier ist gute Regierungsführung und der Aufbau von tragfähigen demokratischen Institutionen eine staatliche Schlüsselaufgabe. Unterstützung kann dabei von der internationalen Staa-

tengemeinschaft zur Seite gestellt werden. Hilfsorganisationen können aber nicht als Stellvertreter staatliche Aufgaben übernehmen. Was sie aber können ist, auf zivilgesellschaftlicher Ebene wichtige Entwicklungen mittragen.

Dennoch: Die Antwort auf diese Frage ist nicht einfach. Tatsächlich ist es manchmal unumgänglich, mit diktatorischen Regierungen oder Rebellengruppen im Dialog zu stehen, um überhaupt Zugang zu jenen Gebieten zu bekommen, wo große Not herrscht. Sich gegen die herrschende Macht zu stellen, kann sonst auch heißen, womöglich gar nicht mehr helfen zu können.

Darum sollte humanitäre Hilfe, also Nothilfe, immer unparteilich, neutral und unabhängig sein und nach dem Ausmaß der Not all jenen zukommen, die sie benötigen. Die Behauptung, durch die Unterstützung sogenannter „failed states“ würden repressive oder radikalisierte Kräfte, wie etwa die Taliban, automatisch mitfinanziert ist weit verbreitet. Unter dem Titel „Do not harm“ und mit der Verpflichtung, humanitären Standards wie SPHERE zu folgen, haben sie deshalb Regeln entwickelt, die diese unerwünschten Nebenwirkungen ausschließen sollen.

“Kommen denn die Mittel für EZA wirklich dort an, wo sie gebraucht werden?“

Korruption ist Missbrauch anvertrauter Macht zum privaten Vorteil. Viele Länder verfügen zwar über eine in der Verfassung verankerte Rechtsordnung, die jedoch in der Praxis kaum oder nur mangelhaft umgesetzt wird. Ist ein Großteil der Bevölkerung auch noch von Armut betroffen, sind die Hauptfaktoren gegeben, die Korruption begünstigen.

Industrie- und Entwicklungsländer versuchen diesem Umstand mit Hilfe von Antikorruptionsrichtlinien entgegenzuwirken. Wichtig ist, dass ihre Einhaltung auch konsequent überprüft wird. Um staatliche Institutionen effizienter und transparenter zu gestalten, setzt die EZA bei der Zivilgesellschaft vor Ort an. Eine starke und organisierte Zivilgesellschaft ist eher in der Lage,

Rechtschaffenheit und Transparenz von der jeweiligen Regierung einzufordern. Erfolgreiche EZA trägt damit indirekt auch zur Bekämpfung von Korruption bei.

Korruption gibt es leider überall und ist keinesfalls auf Entwicklungsländer beschränkt. Auch in wohlhabenden Ländern kommen laufend Korruptionsskandale ans Licht. In Österreich verursachte Korruption im Jahr 2011 einen volkswirtschaftlichen Schaden in Höhe von 27 Milliarden Euro. Keine Frage: Missbrauchsfälle kommen leider vor, sind aber eher die Ausnahme. Das Spendengütesiegel stellt ein Qualitätsmerkmal für den sorgsamen Umgang mit den finanziellen Mitteln dar: Derzeit führen 225 gemeinnützige Organisationen dieses Gütesiegel, das Finanzgebarung und Wirtschaftlichkeit prüft.

„Die chinesischen Investitionen in Afrika bringen dem Kontinent ja viel mehr als EZA!“

Motor für das Engagement Chinas in Afrika ist die Sicherstellung von Rohöllieferungen sowie anderer mineralischer und agrarischer Rohstoffe für seine schnell wachsende Wirtschaft. Dafür werden prestigeträchtige Infrastrukturprojekte finanziert, die in China geplant, oft mit chinesischem Personal in Afrika realisiert und schlüsselfertig übergeben werden. Diese neu geschaffene Infrastruktur dient u.a. dazu, den Abtransport von Bodenschätzen zu erleichtern.

Kritikpunkte an diesem Vorgehen sind, dass die Rolle Afrikas als reiner Rohstofflieferant weiter verfestigt wird, repressive Regimes (Simbabwe, Sudan, Angola) unterstützt werden, eine unverantwortliche Kreditvergabe die Schuldensituation weiter verschärft und die Konkurrenz durch chinesische Händler in Afrika wächst. Darüber hinaus gibt es nur mangelnde oder gar keine Sozialstandards der chinesischen Unternehmen (wie etwa die Achtung der Menschenrechte, menschenwürdiger Arbeitsbedingungen, existenzsichernde Löhne) und kaum ökologische Standards.

Das Eigeninteresse der EZA-Branche

„Das Geschäft mit der Armut sichert Arbeitsplätze – vorrangig im reichen Norden. Warum lassen sich Menschen für ihre Arbeit im EZA-Bereich bezahlen, wo bleibt die Solidarität?“

Es ist kaum glaubwürdig, dass Regierungen und Parlamente jahrzehntelang EZA finanzieren und dafür große Budgets bewilligen, nur um Arbeitsplätze zu erhalten. Selbstverständlich ist die Schaffung von Arbeitsplätzen in den Industrieländern kein Ziel der EZA – aber notwendig, um professionelle Arbeit zu gewährleisten. Hoch spezialisierte Fachkräfte, die Expertise u.a. zu verschiedenen Regionen, Entwicklungsprozessen, politischen Rahmenbedingungen, Rechtslage und Instrumenten der Planung, Umsetzung und Qualitätskontrolle aufweisen, werden in der EZA eingesetzt. Sie erbringen Leistung und haben Anspruch auf Entlohnung. Darüber hinaus gibt es ergänzend eine Vielzahl von Menschen, die sich auch ehrenamtlich für die Verbesserung der Lebensumstände der Menschen in Entwicklungsländern einsetzen.

„Afrikanische Probleme müssen von AfrikanerInnen gelöst werden.“

Diese Aussage stammt von James Shikwati, einem kenianischen Wirtschaftler. Und sie stimmt – entwicklungspolitische Maßnahmen sind lediglich ‚Hilfe zur Selbsthilfe‘, wie man früher dazu sagte. Sie unterstützen die afrikanische Bevölkerung dabei, sich zu organisieren, sich stark zu machen, über ihre Rechte Bescheid zu wissen und dafür einzutreten und sich gegenüber den MachthaberInnen zu artikulieren. Langfristig können so die Lebensumstände verbessert werden. Staatliche EZA kann dies unterstützen, indem sie Regierungen von Entwicklungsländern Impulse gibt und Hilfestellungen anbietet, um Verwaltungsstrukturen zu verbessern, Abläufe transparenter zu gestalten und die Zivilbevölkerung zu stärken.

Initiatorin und Akteurin muss aber immer die Bevölkerung in den Entwicklungsländern selbst sein.

„EZA wird von ‚abgehobenen‘ ExpertInnen am grünen Tisch gemacht. Es fehlt der praktische Bezug.“

Die EZA folgt einer Reihe von Grundsätzen, die heute internationaler Standard sind und von Industrie- und Entwicklungsländern gemeinschaftlich entwickelt wurden. Auch aus diesen Standards ist ersichtlich, dass der o.g. Kritikpunkt inhaltlich unrichtig ist. Diese Grundsätze lauten:

Partizipation: Das bedeutet, dass die beteiligten Bevölkerungsgruppen und lokalen Behörden in den Entwicklungsländern Design und Realisierung der Programme und Projekte bestimmen.

Partnerschaft: Entwicklungszusammenarbeit soll kein einseitiges Verhältnis von Geben und Nehmen sein, sondern ein politisches Bekenntnis zu Partizipation und Partnerschaft.

Nachhaltigkeit: Projekte und Programme sollen so konzipiert werden, dass sie auch nach dem Ende von finanzieller oder personeller Unterstützung weiter existieren und voran getrieben werden können.

Empowerment: Benachteiligte Gruppen – Frauen z.B. – sollen ihre Interessen artikulieren und politisch für ihre Rechte eintreten können.

Geschlechtergerechtigkeit: Will man Armut bekämpfen, muss man der Tatsache Rechnung tragen, dass momentan Frauen und Männer ungleiche Chancen und Rechte haben. Die Programme der EZA müssen darauf ausgerichtet sein.

Do not harm: Hilfe muss so erfolgen, dass sie nicht unerwünscht Konflikte schürt oder einzelne AkteurInnen begünstigt.

Herausgeber

Globale Verantwortung
Arbeitsgemeinschaft für Entwicklung und Humanitäre Hilfe
globaleverantwortung.at


Die AG Globale Verantwortung ist der Dachverband österreichischer Nichtregierungsorganisationen aus den Bereichen Entwicklungszusammenarbeit, entwicklungspolitische Inlandsarbeit, Humanitäre Hilfe sowie nachhaltige globale wirtschaftliche, soziale und ökologische Entwicklung. Die AG Globale Verantwortung vertritt die nationalen und internationalen Interessen ihrer Mitgliedsorganisationen.

Apollogasse 4/9, 1070 Wien
Tel.: +43 1 522 44 22-0, Fax: +43 1 522 44 22-10, Mail: office@globaleverantwortung.at

Gestaltung

mediadesign | Podolsky & Partner GmbH,
Bachgasse 1, 3730 Burgschleinitz, mediadesign.at
Coverfoto: ©enviromantic/Fotolia.com

gefördert durch die

Österreichische
 **Entwicklungszusammenarbeit**